



In Frankfurt sind mit dem 3. April 1300 Kinder um ein Stück Freiheit ärmer: Auf Geheiß der örtlich als Mehrheitsfraktion regierenden CDU werden zwanzig Kindertagesstätten im Vorschul-Modellversuch "Kita 3000" zu diesem Zeitpunkt in herkömmliche Kindertagesstätten mit Reglement und "Tante"-Prinzip umgewandelt.

Fast sechs Jahre lang hatten es die 20 Kitas anders: Statt einer Leiterin war das Erzieher-Team verantwortlich, statt vorgegebenem Tagesablauf bestimmten die Kinder, was zu tun sie Lust hatten, statt auf Sauberkeit sah man auf soziales Verhalten, statt Ordnung wurde Partnerschaft und Kooperation angestrebt.

Die Kitas waren von der damals noch regierenden Frankfurter SPD zur Kommunalwahl 1972 in kürzester Frist hingestellt worden, um in der Versorgung der Frankfurter Kinder mit Kindergarten- und Hortplätzen (und für die bevorstehende Wahl) einen guten Schnitt zu machen. Aufgegeben wurde den Einrichtungen, für die man bundesweit mit großen Versprechungen Personal anwarb, ein Konzept für zwangsfreie, soziale Ungleichheiten ausgleichende zu Kritik befähigende Erziehung zu erarbeiten. Es gab wissenschaftliche Begleitung und Supervision.

Doch ehe die ersten Ansätze auch nur veröffentlicht werden konnten, beschloß die CDU nach der Kommunalwahl 1977, das Projekt, bei dem ihr von Anfang an die Richtung nicht gefaßt, dem sie stets die Indoktrination von Kindern vorgeworfen hatte, zu beenden. Dies zu einem Zeitpunkt, als die in der Bundesrepublik völlig neuartige Aufgabenstellung für kommunale Kindergärten in der Stadt weitgehend akzeptiert war, als die anfänglich zum Teil schar-

fen Auseinandersetzungen um das Projekt, das Mißtrauen gegen vollgemahte Häuser und vollgemahte Kindergesichter so gut wie abgebaut waren.

Anders als die außenstehende Umwelt hatten sich von Anfang an die Eltern von Kita-Kindern mit dieser Sache identifiziert - quer durch alle sozialen Schichten, vom ausländischen Arbeiter bis zum Professor, vertraten sie während der Auseinandersetzungen stets mehrheitlich in Resolutionen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und auch Streiks dieses Erziehungskonzept, das ihren Kindern in der unsozialen, engen und kinderfeindlichen Großstadt einen Freiraum geschaffen hatte.

Der CDU freilich, die stets den "Elternwillen" im Munde führt, die vorgibt, für ihn einzustehen, war das Elternbegehren in Sachen Kita offensichtlich gerade noch Ansporn, mit den Kitas kurzen Prozeß zu machen. Dies unfreiwilliger Beweis dafür, daß Erziehung zur Kritikfähigkeit und unangepaßtem Verhalten bei einem auf die Bewahrung der Privilegien Einzelner ausgelegten politischen Konzept eine schwere Bedrohung darstellt.

Zu einem Zeitpunkt, da die letzten

Tage der Kitas nur mehr an zwei Händen abzuzählen waren, hat eine Elterngruppe juristische Schritte gegen die Stadt Frankfurt eingeleitet: Es ist beim Verwaltungsgericht eine Klage, verbunden mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung eingereicht worden. Mit Hilfe von drei Gutachtern soll vor Gericht der Beweis versucht werden, daß die Kita-Kinder bei plötzlicher Veränderung der Erziehungsnormen, verbunden mit einer umfangreichen "Umsetzung" ihrer Erzieher, Schaden nehmen. Der Frankfurter Kinderarzt Dr. Hans von Lüpke argumentiert in seinem Gutachten mit einer Schwächung des Immunsystems der Kinder durch diese unzumutbare psychische Belastung, - damit also, daß sie aus seelischer Labilität anfälliger werden für Krankheiten.

Am Morgen des 3. April sind vor allen Kitas Polizisten aufgezogen. Um 1/2 8 kamen die Kinder mit ihren Eltern. Auch die nunmehr entlassenen Erzieher kamen zu ihrem alten Arbeitsplatz. In einigen Kitas wurde daraufhin von der Polizei versucht, die "alten" Erzieher aus den Räumen zu holen. Die Kinder aber ermöglichten ihnen durch die Hinterausgänge wieder den Zutritt. Zum Teil solidarisierten sich auch die neu bestimmten Erzieher mit den "alten", weil auch sie ihre vorherigen Arbeitsplätze gar nicht hatten verlassen wollen.

Die Leidtragenden sind die Kinder: die Kita ist ihr täglicher Aufenthalt, sie sind an die Erzieher gewöhnt, müssen nun fertig werden mit Polizeiüberwachung, Angst und Empörung bei den Eltern, allgemeiner Unsicherheit. Es wird sich zeigen, ob die Justiz auch einmal Kinderinteressen zur Basis ihrer Entscheidung machen wird.

Claudia Michels

